Im Gespräch mit: Simonetta Sommaruga

Die für Medien zuständige Bundesrätin spricht über die Bedeutung von Lokaljournalisten und darüber, weshalb es wichtig ist, auch unangenehme Fragen zu beantworten.

«Medien informieren – und sie schauen den Mächtigen auf die Finger»

Dario Muffler

Zuletzt stand Bundesrätin Simonetta Sommaruga anlässlich des Klimagipfels in Glasgow im Fokus der Medien – nicht nur der nationalen, sondern auch der internationalen, war sie doch eine von zwei Verhandlungsführerinnen. Als Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation ist sie aber auch die Schweizer «Medienministerin». In dieser Funktion steht Sommaruga kurz vor einem Abstimmungskampf, bei dem es um mehr geht, als nur um vergünstigte Posttarife für Zeitungen.

Frau Sommaruga, mit welcher Frage müsste ein Interview beginnen, damit Sie es gerne lesen?
Simonetta Sommaruga: Ich erfahre gerne etwas über die Person, mit der ein Interview geführt wird. Darum habe ich als Leserin persönliche Fragen zum Einstieg gerne.

Lesen Sie Interviews, die Sie gegeben haben, bei deren Erscheinung?
Sommaruga: Wenn es die Agenda zulässt, schaue ich gerne, wie ein Interview in gedruckter Form wirkt.

Wann ist es für Sie noch etwas Besonderes, in einer Zeitung zu erscheinen?
Sommaruga: Als ich als Konsumentenschützerin angefangen habe, musste ich mich zuerst daran gewöhnen, in den Zeitungen vorzukommen. Mittlerweile ist das natürlich anders. Aber noch heute freut es mich beim Zeitungslesen immer wieder, dass ich wichtigen Anliegen Gehör verschaffen kann. Vor zwanzig Jahren ging es oft um den Konsumentenschutz, heute steht zum Beispiel der Service public im Fokus.

Gerade vor Abstimmungen oder nach wichtigen Entscheiden des Bundesrats sind Sie gefordert und gefragt: Wie viele Interviews geben Sie in solchen Phasen in etwa pro Woche?
Sommaruga: Das variiert je nach Vorlage stark. Aber ich beantworte gern Fragen dazu. Es ist die Aufgabe des Bundesrats, hinzustehen und die Bevölkerung zu informieren.

Politikerinnen und Politiker nutzen die Möglichkeit, ihre Botschaften in Zeitungen zu platzieren zwar gerne, beklagen sich aber regelmässig über Journalistinnen und Journalisten. Insbesondere, wenn wir unangenehme Fragen stellen. Warum ist es wichtig, mit Journalisten auch über unangenehme Fragen zu sprechen?
Sommaruga: Der kritische Journalismus gehört zur Demokratie. Es ist die zentrale Aufgabe der Medienschaffenden, nachzufragen und nachzuhaken.

Verwaltungen stocken ihre Kommunikationsstellen auf, um ungefiltert auf allen Kanälen ihre Botschaften zu streuen. Macht Ihnen diese Entwicklung keine Sorgen?
Sommaruga: Viele Menschen, vor allem jüngere, informieren sich stark über die sozialen Medien, sie wollen wir auch erreichen. Deshalb haben auch die Behörden begonnen, die sozialen Medien zu nutzen, auch ich mache das. Aber klar: Ich will als Bundesrätin nicht einfach über Twitter kommunizieren. Pressekonferenzen, Interviews, Podiumsdiskussionen und der direkte Kontakt mit der Bevölkerung bleiben deshalb zentral.

In der Coronakrise gibt es vermehrt Stimmen, welche «die Medien» pauschal als Spaltpilze der Gesellschaft bezeichnen. Was entgegnen Sie diesem Vorwurf?
Sommaruga: In der Coronakrise ist das Virus das Problem, nicht die Medien. Gerade die Pandemie hat gezeigt, welch zentrale Bedeutung die Medien spielen. Die Medien haben informiert, eingeordnet, kritisch kommentiert. Das ist ihre Rolle.

Spüren Sie Misstrauen der Bevölkerung gegenüber Medien?
Sommaruga: Die Mehrheit der Bevölkerung hat ein grosses Vertrauen in die einheimischen Medien. Das hat erst kürzlich wieder eine Studie gezeigt. Natürlich sind nicht alle mit jedem Artikel und jeder Sendung einverstanden. Das ist aber auch nicht nötig. Unsere Demokratie lebt von verschiedenen Meinungen. Genau darum ist die Medienvielfalt so wichtig.

Sie haben an der Eröffnung des Swiss Media Forums von der Plattformisierung gesprochen. Was meinen Sie damit?
Sommaruga: Immer mehr Menschen informieren sich nicht über Zeitungen oder auf den Webseiten der Medienhäuser, sondern via Plattformen wie Facebook. Die Artikel, die dort verlinkt werden, stammen aber nicht von den Plattformen, sondern von Redaktionen, die vor Ort die ganze Arbeit machen. Facebook und Co. haben keine Korrespondenten in der Schweiz, sie berichten nicht über eine Abstimmungsvorlage im Kanton Schaffhausen oder über den lokalen Sport und die Kultur. Das machen die Medien vor Ort. Deshalb ist es für die Bevölkerung und unsere Demokratie so wichtig, dass auch künftig alle Regionen von Zeitungen und Radios abgedeckt werden.

Spielen Techkonzerne eine Rolle bei diesem Misstrauen?
Sommaruga: Wer sich im Internet bewegt, hinterlässt Spuren. Und die Techkonzerne nutzen dann diese Daten. Gleichzeitig fliessen immer mehr Werbegelder zu den Plattformen, und nicht zu den einheimischen Verlagen. Dies schwächt den Medienplatz Schweiz. Grosse, international ausgerichtete Internetkonzerne können die lokalen Medien aber nicht ersetzen.

Wer muss nun handeln, damit die grossen Techkonzerne nicht noch mehr Übermacht gewinnen?
Sommaruga: Das Parlament hat eine Medienvorlage verabschiedet, über die wir im kommenden Februar abstimmen. Diese sorgt dafür, dass auch in Zukunft über alle Regionen des Landes berichtet wird. Und zwar am Radio, in den Zeitungen und im Internet, durch Redaktionen, die vor Ort sind. Daneben bin ich schon lange der Meinung, dass die Plattformen die Leistungen der einheimischen Medien abgelten sollen. Bis wir so eine Regelung haben, dauert es aber noch mehrere Jahre. So lange können wir nicht warten. Damit sich die Bevölkerung auch in Zukunft in allen Landesteilen und Sprachregionen auf eine vielfältige Berichterstattung abstützen kann, braucht es darum jetzt die Medienvorlage.

Viele Verlage und Zeitungen wurden in den vergangenen Jahren zusammengelegt. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
Sommaruga: Diese Entwicklung gibt mir zu denken. Denn damit wird die Berichterstattung über das Geschehen vor Ort geschwächt. Um zu wissen, was lokal passiert, braucht es die ortskundige Journalistin und den Redaktor mit lokaler Verankerung. Sie wissen, was in Marthalen oder Thayngen passiert. Ohne Medien, die vor Ort sind, gehen die regionalen Informationen verloren. Genau darum werden die kleinen und mittleren Zeitungen mit der Medienvorlage besonders unterstützt.

Viel mehr Personen als vor zehn Jahren wollen gar keine News mehr konsumieren. Was bedeutet das für eine direkte Demokratie?
Sommaruga: Ich habe den Eindruck, dass das Interesse an einer fundierten Berichterstattung in der Coronapandemie eher gestiegen ist. Aber klar: Unsere direkte Demokratie basiert darauf, dass die Bevölkerung sich informieren kann und verschiedene Standpunkte kennt. Darum ist es wichtig, dass wir in der Schweiz ein breites und vielfältiges Medienangebot haben.

Was ist Ihrer Meinung überhaupt die wichtigste Funktion von freien Medien?
Sommaruga: Sie informieren, sie tragen zur Meinungsbildung bei – und sie schauen den Mächtigen auf die Finger.

Aktuell wird über ein Medienförderungsgesetz diskutiert. Wieso soll die öffentliche Hand Medien fördern?
Sommaruga: Die einheimischen Medien stehen finanziell unter Druck. Die Werbegelder fliessen zu den grossen Internetplattformen ins Ausland ab. Parallel dazu gehen bei den Zeitungen die Einnahmen aus den Aboverkäufen zurück. Ohne Medienvorlage besteht die Gefahr, dass die einheimischen Medien weiter geschwächt werden. Mit der Medienvorlage werden Zeitungen, Privatradios und das Regionalfernsehen gestärkt, damit sich die Bevölkerung weiterhin gut über das Geschehen vor Ort informieren kann.

Wie können Journalistinnen und Journalisten dem Staat kritisch auf die Finger schauen, wenn Sie von ihm bezahlt werden?
Sommaruga: Der Bund vergünstigt die Zustellung von Zeitungen seit Jahrzehnten. Die Zeitungen sind dennoch unabhängig geblieben. Das wird auch mit der Medienvorlage so bleiben. Diese setzt nämlich auf bewährte Instrumente und stellt sicher, dass die Behörden keinen Einfluss nehmen können auf Artikel oder Sendungen. Die Zustellung der «Schaffhauser Nachrichten» wird heute schon vergünstigt. Der Bund gibt der Post Geld dafür, dass diese die «Schaffhauser Nachrichten» vergünstigt zur Leserschaft nach Hause bringt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies in den letzten Jahren Einfluss gehabt hat auf Ihre Berichterstattung.

Hilft das Medienfördergesetz, dass es zu keiner weiteren Konzentration der Zeitungen und Verlage gibt in der Schweiz?
Sommaruga: Ich habe in Schweden gesehen, was die Folgen sind, wenn immer mehr Zeitungen verschwinden: Über ganze Landstriche wird nicht mehr berichtet. Journalistinnen und Journalisten hat es dort nur noch in den grossen Städten. Das will in der Schweiz niemand. Mit der Medienvorlage stärken wir deshalb insbesondere die Berichterstattung aus der Region, denn die kleinen und mittleren Medien erhalten überproportional Unterstützung – dazu gehören auch die «Schaffhauser Nachrichten». So gewährleisten wir, dass die Bevölkerung in allen Sprachregionen auch künftig lesen und hören kann, ob ihre Gemeinde eine Steuererhöhung plant, was bei ihrem Fussballclub hinter den Kulissen läuft und welche Pläne der grösste Arbeitgeber der Gegend hat.

Was passiert, wenn das Medienförderungsgesetz an der Urne scheitert?
Sommaruga: Seit 2003 sind über 70 Zeitungen verschwunden; so etwa die «Ostschweiz am Sonntag». Und allein im Kanton Thurgau fusionierten fünf Titel zu einem Blatt, zur «Thurgauer Zeitung». Ohne dieses Gesetz steigt das Risiko, dass weitere Zeitungen verschwinden und dass Lokalradios und das Regionalfernsehen geschwächt werden.

Zum Schluss nochmals etwas Schönes: Was zeichnet Ihrer Meinung einen guten journalistischen Text aus?
Sommaruga: Ich selber habe es gern, wenn die Sprache einfach und verständlich ist und wenn verschiedene Standpunkte vorkommen.

«Ich will als Bundesrätin nicht einfach über Twitter kommunizieren.»

Simonetta Sommaruga

Geboren wurde Simonetta Sommaruga am 14. Mai 1960. Sie wuchs im Kanton Aargau auf. Am Konservatorium Luzern machte sie eine Ausbildung zur Konzertpianistin. 1993 bis 2010 war Sommaruga für die Stiftung Konsumentenschutz tätig. 1999 bis 2003 war sie Nationalrätin. 2003 bis 2010 sass sie für den Kanton Bern im Ständerat. In den Bundesrat gewählt wurde sie am 22. September 2010. Bis Ende 2018 stand sie dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vor. Seit Januar 2019 ist sie Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Sommaruga ist SP-Mitglied.

Die überregionale Berichterstattung

Die «Schaffhauser Nachrichten» verstehen sich seit jeher als Komplettzeitung, die das Regionale, aber auch das Geschehen im Rest der Welt abbildet. Per Anfang 2020 wurde mit einer Neugestaltung des überregionalen Teils zuletzt nochmals in die Berichterstattung ausserhalb der Region investiert. Eine dreiköpfige Inlandredaktion begleitet die nationale Politik eng. Dabei versuchen die SN herauszuarbeiten, bei welchen Themen Schaffhausen besonders betroffen ist – oder mit Experten zu sprechen, die hier daheim sind oder hier ihre Wurzeln haben. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit im überregionalen Teil ist auch die Kommentierung der Aktualität. Hier beschränkt sich die Redaktion nicht auf nationale Themen, es werden auch internationale Angelegenheiten eingeordnet und kommentiert. Da drei Mitarbeitende nicht ein ganzes Weltgeschehen abdecken können, arbeiten die SN mit CH Media zusammen. Sämtliche überregionale Inhalte können übernommen werden. Die Redaktion ist aber frei in der Gestaltung und gewichtet nach eigenem Gutdünken. Im überregionalen Bereich besteht eine ähnliche Zusammenarbeit mit der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung». *(dmu)*

Abstimmung über das Mediengesetz – darum geht es

Die Medienförderung in der Schweiz soll während der nächsten sieben Jahre 150 Millionen Franken betragen. Das hatte das Parlament im Juni dieses Jahres nach mehreren und zähen Verhandlungsrunden beschlossen. Inzwischen ist das Referendum dagegen zustande gekommen. Die Stimmbevölkerung wird am 13. Februar über die Vorlage an der Urne befinden. Sagt das Stimmvolk Ja zur Vorlage, dann treten die Bestimmungen frühestens 2023 in Kraft.

40 Millionen Franken fliessen neu in die sogenannte indirekte Medienförderung für die Früh- und Sonntagszustellung von Printmedien. Erhöht wurden die bereits bestehenden Beiträge an die Ermässigungen der Post-Tarife für Zeitungsverlage von 30 auf 50 Millionen Franken. Es profitiert auch die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse von neu 30 Millionen statt 20 Millionen Franken. Ebenfalls bewilligt hat das Parlament einen Betrag von rund 28 Millionen Franken, der für die Ausbildung an Journalistenschulen und Medienhäusern sowie für Nachrichtenagenturen und IT-Projekte von Zeitungsverlagen eingesetzt werden soll.

Ganz neu für die Schweizer Medienförderung ist, dass auch Onlinemedien von Geldern profitieren sollen. Dieser Punkt war in der Debatte am umstrittensten. 30 Millionen Franken wurden für diesen Bereich gesprochen. Onlineportale sollen mit höchstens 60 Prozent ihres Umsatzes entschädigt werden. *(dmu)* ■

Impressum

160 Jahre SN
Eine Beilage der «Schaffhauser Nachrichten»

Mittwoch, 1. Dezember 2021
Meier + Cie AG Schaffhausen,
Verlag der «Schaffhauser Nachrichten»
Redaktion: Dario Muffler
Gestaltung und technische Herstellung: «Schaffhauser Nachrichten», Franziska Rütschi
Anzeigenverkauf: Verlag der «Schaffhauser Nachrichten»
Druck: Tagblatt Print, St. Gallen-Winkeln